



INTERNATIONALE VEREINIGUNG DER RECHTSSCHUTZ-VERSICHERUNG (RIAD)

EIN HOHER GRAD DER REGULIERUNG DER RECHTSDIENST- LEISTUNGEN VERBESSERT NICHT DEN ZUGANG ZUM RECHT

Antje Fedderke (RIAD): „Es gibt Belege dafür, dass die Kosten für die Beauftragung eines Anwalts hoch sind im Vergleich zu den Kosten für die Auftragserteilung an einen Rechtsexperten, der nicht Anwalt ist.“

Der Bericht „Regulierung der Rechtsberufe und der Zugang zum Recht“, der von der Internationalen Vereinigung der Rechtsschutz-Versicherung (RIAD) in Auftrag gegeben wurde, betrachtet die Regulierung der Rechtsberufe und den Zugang zum Recht in 12 Ländern Europas aus einer wirtschaftliche Perspektive. Die Studie zeigt, dass für einen ausreichenden Zugang zum Recht kein hoher Regulierungsgrad notwendig ist. Ferner ist der Nettovorteil einer (hohen) Regulierung nicht erkennbar während gleichzeitig die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Regulierung mit Kosten verbunden ist. Regierungen sollten daher in der Lage sein, den (höheren) Regulierungsgrad damit zu rechtfertigen, dass der soziale Nutzen im Sinne eines besseren Zugangs zum Recht größer ist als die Kosten dieser Regulierung. Die Ergebnisse der Studie sind überzeugend und robust genug, um eine politische Diskussion zu starten.

Regierungen wollen die Rechtssicherheit für alle Rechtssuchenden gewährleisten. Damit dieses öffentliche Interesse sichergestellt werden kann, gewähren die meisten europäischen Staaten Rechtsanwälten exklusive Privilegien, wozu unter anderem ein Monopol der Prozessführung gehört. Diese (Selbst-)Regulierung ist größtenteils auf die Wahrung der beruflichen Qualität gerichtet, kann aber auch zu Wettbewerbsbeschränkungen führen. Die Folge kann sein, dass das an Anwälte für juristische Dienstleistungen gezahlte Honorar zu hoch ist und damit die Zugangsmöglichkeit zum Recht reduziert wird – genau das Gegenteil von dem, was die Staaten beabsichtigen. RIAD hat SEO Economic Research beauftragt, in mehreren Ländern Europas die Wirkung der Regulierung juristischer Dienstleistungen und der Rechtsberufe auf den Zugang zum Recht zu untersuchen. Die zentrale Frage der Untersuchung lautet: **Welche Wirkung hat die Regulierung der Rechtsdienstleistungen – vorwiegend der Rechtsanwälte – auf den Zugang zum Recht?**

Die Studie zeigt, dass es nicht offensichtlich ist, dass strengere Formen der Regulierung mehr Nutzen - im Sinne eines besseren Zugangs zum Recht - als Kosten bringen.

Selbstverständlich bringen Regulierungen gewisse Vorteile, aber die der Gesellschaft dabei entstehenden Kosten werden häufig nicht erwähnt. Die Regulierungsbehörden gehen einfach davon aus, dass der soziale Nutzen von Regulierung höher ist als die sozialen Kosten, sollten dies aber auch beweisen können. Wichtig ist, dass die Regulierungsbehörden deutlich machen, warum sie sich für eine bestimmte Intensität der Regulierungsmaßnahmen entscheiden und welchen Nutzen die Gesellschaft insgesamt von dieser konkreten Regulierung hat. In der EU bestehen erhebliche Unterschiede bei der Gewährleistung des Zugangs zur Justiz. Manche Länder sind stark reguliert,

während andere dagegen weit liberalere Systeme für die Rechtsberufe haben. Ein deutlicher Unterschied im Zugang zum Recht besteht hingegen nicht.

Manche Märkte scheinen sogar überreguliert zu sein und eher die Interessen der Rechtsdienstleister schützen zu wollen, als Verbrauchern den Zugang zum Recht zu sichern. Im Falle einer liberaleren Regulierung können Verbraucher sich an Rechtsanwälte, die Mitglieder der Anwaltskammern sind, aber auch an andere juristische Fachleute wenden, die keine Anwälte sind. Es findet sich kein Beweis dafür, dass Anwälte in streng regulierten Ländern bessere Leistungen erbringen als juristische Fachleute, die nicht der Anwaltskammer angehören. Andererseits lässt es sich belegen, dass die Kosten für die Beauftragung eines Anwalts im Vergleich zu den Kosten für die Auftragserteilung an einen Nicht-Anwalt hoch sind.

Aus wirtschaftlicher Sicht scheint es für die Gesellschaft bei der Öffnung der nationalen Rechtsdienstleistungsmärkte viel zu gewinnen zu geben. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass eine Liberalisierung der Rechtsberufe, indem zugelassen wird, dass zertifizierte Juristen (Nicht-Anwälte) eine weit größere Rolle spielen, eine beachtliche Wirkung zeigen könnte aufgrund sinkender Preise in dem juristischen Beruf.

Es sollte eine offene Diskussion zu Kosten und Nutzen des derzeitigen Regulierungsgrades der Rechtsberufe stattfinden, anstatt, wie heutzutage üblich, weiter auf der Basis von Vermutungen zu arbeiten. Dieser Bericht sollte einen informierten Dialog zwischen den Regulierungsbehörden, Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern sowie anderen Sozialwissenschaftlern und Beteiligten über die Regulierung der Märkte für Rechtsdienstleistungen in der EU ankurbeln.

Es sollte eine offene Diskussion über die Kosten und Vorteile der gegenwärtigen Regulierung der Rechtsberufe stattfinden anstatt auf der Grundlage von Vermutungen zu arbeiten, wie es heutzutage der Fall ist. Dieser Bericht sollte eine faktenbezogenen Diskussion zwischen den Regulierungsbehörden, Rechtsexperten, Wirtschaftswissenschaftlern sowie anderen Sozialwissenschaftlern und Beteiligten über die Regulierung der Rechtsdienstleistungen in der EU stimulieren.

Die Position von RIAD in dieser Diskussion ist, dass Wettbewerb von Nicht-Anwälten vorteilhaft für Verbraucher ist. Gegenwärtig wird ein solcher externer Wettbewerb durch Regulierung beschränkt.

Weitere Informationen erhalten sie bei Antje Fedderke, RIAD Generalsekretärin, unter +32 2 732 36 28.

RIAD, die Vereinigung der Rechtsschutzversicherungen und juristischer Dienstleister engagiert sich über ihre weltweit tätigen Mitglieder für einen leichten, bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Zugang zur Justiz und zum Recht. RIAD hat 57 Mitglieder in 18 Ländern. RIAD-Mitglieder sind auf Versicherungen und/oder Leistungen zur Durchsetzung und Abwehr individueller Rechte spezialisiert: Sie bieten ihren Kunden die Ressourcen an, die für den Zugang qualitativ hochwertiger und leicht zugänglicher Rechtsberatung und Dienstleistungen notwendig sind. Sie schützen ihre Kunden auch effektiv gegen finanzielle Risiken, die mit der Beauftragung juristischer Fachleute und dem Zugang zum Rechtssystem verbunden sind.

SEO Economic Research führt unabhängige und angewandte Wirtschaftsforschungen für staatliche und private Auftraggeber durch. SEO Economic Research ist mit der Universität von Amsterdam verbunden, die der Organisation unschätzbare Einblicke in die neuesten wissenschaftlichen Methoden bietet. Als Non-Profit-Organisation investiert SEO beständig in das intellektuelle Kapital ihrer Mitarbeiter und regt sie zu aktiver Karriereplanung, zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen und zur Beteiligung an wissenschaftlichen Netzwerken und internationalen Konferenzen an.